Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 250. — 87 Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Mittwoch, den 24. Oktober 1928

Allerhand Farbbücher.

„Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" — das kann man über die Veröffentlichungen setzen, die von der englischen und der französischen Regierung über die Vorbereitung, die Durchführung und das weitere Schicksal des Flottenabkommens herausgegeben werden. Schon die Bezeichnung „Flottenabkommen" ist eigentlich falsch; denn es handelt sich dabei um mehr, nämlich um ein politisches Handelsgeschäft über die See- und Landrüstung.

Derartige Farbbücher über den Gang politisch-diplomatischer Verhandlungen betrachtet die Mitwelt immer mit ebenso großem wie berechtigtem Mißtrauen. Weiß man doch aus Erfahrung, daß die wirklich interessanten Vorgänge darin meist gar keinen oder einen recht verstümmelten Niederschlag finden. Sie sind eine Art von Rechtfertigungsschriften und manches Vorkommnis läßt sich insofern kaum rechtfertigen, weil die in der Öffentlichkeit gesprochenen Worte oft in einem allzu auffallenden Gegensatz zu den heimlichen Taten und wispernden Verabredungen stehen. Also setzt denn die große Wäsche ein, auf deutsch: man läßt allerhand Kompromittierendes aus dem Farbbuch fort, das dann freilich seinen Namen nicht mehr zu Recht trägt, weil es gänzlich farblos geworden ist.

Das gilt auch von dem jetzt veröffentlichten englischen Farbbuch, das sich in ein unschuldsvolles Weiß hüllt. Was von Wichtigem drinsteht, weiß man schon längst, und infolgedessen hat die englische Regierung es vorgezogen, nur Unwichtiges noch zu enthüllen. Daß ein gemeinsamer englisch-französischer Standpunkt in der Abrüstungsfrage geschaffen werden sollte, weil man damit in Genf nicht vorwärtskam, ist das Mäntelchen, mit dem man das eigentlich Gewollte verhüllt: dort eine möglichst starke französische Land-, hier eine entsprechend starke englische Seerüstung, — und dann eine Vergewaltigung der anderen Mächte in der Genfer Abrüstungskommission. Womöglich auch Amerikas. Mit Recht — und das ist es, was in dem englischen Farbbuch uns Deutsche besonders interessiert — hat darum die Berliner Regierung ihre Besorgnis über den Inhalt des „Flotten"abkommens dem englischen Botschafter zum Ausdruck gebracht, und auch dabei den richtigen Punkt getroffen: hat England Konzessionen Frankreich gegenüber bei der Landabrüstung gemacht? Chamberlain läßt ein verklausuliertes Ja antworten, aber eigentlich bezöge sich das Flottenabkommen „nur" auf die Seerüstung. Aber keine Konzessionen seien erfolgt, die in Widerspruch mit den Locarnoverträgen ständen, — was niemand hat wissen wollen, was auch verhältnismäßig wenig Eindruck machen dürfte, da man sich über jene Verträge alles andere als einig ist.

So ganz unschuldsvoll weiß wie dieses Farbbuch scheint aber die Politik der beiden Regierungen denn doch nicht gewesen zu sein. Denn in einer französischen Note, die im Weißbuch veröffentlicht ist, wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, „andere Mittel und Wege zu suchen, um den Erfolg sicherzustellen", dann nämlich, wenn Amerika, Italien, Japan den englisch-französischen Einschränkungsvorschlag für die Seerüstung nicht annehmen, womit je von vornherein zu rechnen war. Und da man in der Veröffentlichung nichts Weiteres darüber findet, welches denn diese „anderen Mittel und Wege" sein sollen, so wird die mißtrauische Mitwelt auf die Vermutung kommen: die alte Farbbücherpraxis hat auch hier wieder Platz gegriffen; man hat allerhand draußen gelassen, was diese neugierigen Zeitgenossen nicht zu wissen brauchen.

Aber die Mitwelt weiß auch so genug. Es kommt ja nicht auf Einzelheiten an — die Politik der Londoner und der Pariser Regierung hat in den letzten Monaten immer und immer wieder auf engstes Zusammenarbeiten ohne weiteres schließen lassen. Um das zu sehen, braucht man keine — Farbbücher: die sensationelle Veröffentlichung durch den amerikanischen Journalisten enthüllte Geahntes, noch nicht Gewußtes. Bei der jetzigen Lektüre dieser Farbbücher ahnt man noch mehr, sicherlich nichts Falsches: Genaueres zu wissen, wäre interessant, ist aber kaum noch notwendig.

Parker Gilbert wieder in Berlin.

Die Reparationsfrage.

Der Reparationsagent Parker Gilbert, dessen Rundreise durch die Hauptstädte der Mächte und die damit verbundene Besprechung in Paris den Anstoß zur Aufrollung der deutschen Kriegsschuldenfrage gaben, wird zurzeit in Berlin zurückerwartet. Auf die Reise nach Rom hat er verzichtet und sich damit begnügt, Mussolini in einem Schreiben über die Ereignisse seiner Reparationsverhandlungen mit Poincaré und Churchill zu unterrichten und um die Zustimmung zu den zwischen England und Italien getroffenen Vereinbarungen zu ersuchen. Diese Vereinbarungen beziehen sich auf Zeitpunkt, Ort und Aufgabenkreis der Sachverständigenkommission.

Von Paris aus hatte sich Parker Gilbert noch nach Washington wird berichtet, daß die höheren Beamten der amerikanischen Regierung zwar nicht der Meinung sind, daß die erneuten Verhandlungen über die Reparationsfrage ihr Land in Mitleidenschaft ziehen, doch wird im Schatzamt der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die im Gange befindlichen Verhandlungen zu einer befriedigenden Regelung führen werden. Es wird erklärt, vom amerikanischen Standpunkt aus sei es besonders befriedigend, daß bei den jüngsten Verhandlungen anscheinend kein Versuch gemacht werde, die Frage der Alliiertenschulden und die Reparationsfrage miteinander zu verquicken.

Bayern gegen die Reformvorschläge des Reiches

Leistungsfähige Länder.

Entschließung der Reichsregierung.

Die Montag in Berlin begonnene Konferenz der Reichs- und Ländervertreter über die gewünschte Reform der Reichsverwaltung und -verfassung wurde Dienstag fortgesetzt und gewann alsbald eine interessante Gestaltung durch eine Entschließung der Reichsregierung, die in der vorangegangenen Kabinettssitzung einstimmig beschlossen worden war und die Reichskanzler Müller bekanntgab. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. Die Reichsreform muß getragen sein von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt, der Bedeutung der vielgestaltigen Eigenarten des deutschen Volkslebens und des Erfordernisses sparsamster Finanzgebarung der öffentlichen Haushalte.

2. Eine territoriale Neugliederung ist erforderlich und darf sich nicht beschränken auf solche Gebiete, die infolge Gemengelage einzelner Gebietsteile eine besonders erschwerte und kostspielige Verwaltung haben.

3. Es ist erforderlich, als Glieder des Reichs leistungsfähige Länder bestehen zu lassen. Hierfür ist zu prüfen, wie die Verwaltung der Länder zu gestalten ist (Wahl der Landtage, Amtszeit der Landesregierungen, Landesspitze). Ferner soll geklärt werden, wie die Organisation des Unterbaues in den Ländern nach einheitlichen Reichsgrundsätzen (Reichsrahmengesetzen) eingerichtet werden kann.

4. Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen erscheint im Rahmen der Endlösung als erforderlich. Deshalb ist zu erklären, wie in diesem Falle das Verhältnis des Reiches zu den übrigen Ländern und die Zusammensetzung des Reichsrats gestaltet werden soll.

5. Die Verwaltungsbezirke des Reiches und die Ländergrenzen sind nach Möglichkeit einander anzupassen.

6. Die Einrichtung der Auftragsverwaltung ist in dem Sinne auszuarbeiten, daß die Reichsregierung die Länderregierungen mit der Ausführung von Angelegenheiten der Reichsverwaltung beauftragen kann, so daß die Verwaltung alsdann nach näherer Anweisung der Reichsregierung geführt wird und für die Ausführung die Verantwortung nicht gegenüber dem Landtag, sondern gegenüber dem Reichstag besteht.

7. Es ist zu prüfen, inwieweit den Ländern zur Erledigung im Wege der Eigenverwaltung Aufgaben übertragen werden können, die nicht als Lebensfragen der Nation vom Reiche oder im Auftrage des Reiches zu erledigen sind. Auf vielen Gebieten wird sich das Reich mit einer Oberschicht von Gesetzen und Anordnungen begnügen und die nähere Durchführung den Ländern unter selbständiger Verantwortung überlassen können.

8. Die Reichsregierung empfiehlt dem Ausschuß, zur Bearbeitung dieser Fragen zwei Unterausschüsse einzusetzen, von denen der erste Vorschläge für die neue Abgrenzung der Länder und der Reichsverwaltungsbezirke und deren zweiter Vorschläge für die Zuständigkeit der Länder und deren Organisationen zu machen hat. Dabei bleibt eine gemeinsame Tagung der beiden Ausschüsse vorbehalten.

Vertagung der Konferenz.

Nachdem die Teilnehmer der Konferenz die Erklärung der Reichsregierung entgegengenommen hatten, verbreitete sich alsbald die Meinung, die Weiterberatung der vorliegenden 25 Denkschriften habe zurzeit keinen Zweck mehr, wenn sie auch als schätzbares Material fernerhin in Betracht kommen müssen. Eine besonders ausführliche Stellung hatte auch Hessen durch seinen Staatspräsidenten Adelung genommen. Er kommt zu der Schlußfolgerung, daß eine radikale Lösung im Sinne der Herbeiführung eines Einheitsstaates noch nicht möglich sei. Auch der Dr. Luthersche Lösungsvorschlag sei im gesamtdeutschen Interesse abzulehnen.

Keine geeignete Grundlage.

Nach kurzer Zeit wurde auf Antrag des bayerischen Ministerpräsidenten Held die Länderkonferenz auf Mittwoch vertagt, weil Bayern in der Erklärung der Reichsregierung keine geeignete Verhandlungsgrundlage zur Weiterberatung erblickt.

Nach der bayerischen Ansicht müßten die Länderdelegierten dazu erst Stellung nehmen. Die Entschließung der Reichsregierung ist erst Dienstag früh gefaßt worden. Von bayerischer Seite werden besonders die Teile der Entschließung als ungeeignet angesehen, die eine stärkere Betonung der Reichsbefugnisse gegenüber den Aufgaben der Länderregierungen anstreben.

Die Schwierigkeiten bei den deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Bukarest, 24. Oktober. In den deutsch-rumänischen Verhandlungen in Berlin sind neue ernste Schwierigkeiten aufgetreten. Von hiesiger Regierungsstelle wird die Schuld hierfür Deutschland zugeschoben, doch wird zugegeben, daß auch Ministerpräsident Bratianu eine neue Forderung erhoben habe, die die Lage verschlimmert habe. Man rechnet unter Umständen mit dem Abbruch der Verhandlungen. Die Schwierigkeiten werden auch darauf zurückgeführt, daß ein Teil der deutschen Presse, insbesondere die deutsche demokratische Presse, gegen die jetzige Regierung Stellung genommen habe und die Reichsregierung dahin zu beeinflussen suche, daß Abkommen nicht mit der jetzigen, sondern mit der kommenden Regierung Maniu abzuschließen. Infolge dieser neuen Schwierigkeiten ist auch die politische Lage in Rumänien verwickelter geworden. Konnte man bisher annehmen, daß die Regierung sofort nach Abschluß der Anleihe zurücktreten werde, so ist es nunmehr fraglich, ob sie nicht schon früher zurücktreten wird, um einer Regierung Maniu oder einer neutralen Regierung Platz zu machen, die versuchen würde, die abgebrochenen Verhandlungen mit Deutschland noch zu einem günstigen Abschluß zu bringen.

Marx über die innere Lage.

Für Bildung der Großen Koalition.

Der frühere Reichskanzler Dr. Marx, der zurzeit Parteivorsitzender des Zentrums ist, hat in einer Rede in Magdeburg zu der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei auffallende Ausführungen gemacht. So sagte Marx u. a.:

„Die Wahl Hugenbergs zum deutschnationalen Parteivorstand sei ein Vorgang, der nicht ernst genug zu werten sei; sie stelle eine Bedrohung des inneren Friedens in Deutschland dar. Wenn man diese Entwicklung bei den Deutschnationalen in Verbindung mit der von den Deutschnationalen gebilligten Proklamation des Stahlhelms betrachtet, so muß man sagen, daß der Satz, ein Schutz der Republik sei nicht mehr nötig, jetzt nicht mehr stimmt."

Zur Regierungsumbildung im Reich erklärte Marx noch, die Zentrumspartei werde sich Verhandlungen mit dem Ziele der Bildung einer großen Koalition nicht entziehen. Sie habe aber in keiner Weise eine Verpflichtung, sie anzuregen oder einzuleiten. Das sei Sache des Reichskanzlers. Ehe das Zentrum eine neue Koalition schließe, würden eingehende Verhandlungen über eine Reihe wichtiger, leider aber auch unter den Regierungsparteien strittiger Punkte mit dem Ziele eine Einigung geführt werden müssen, schon im Interesse der Dauerfestigung der Regierung.

Das erste Passagebureau für den Luftreiseverkehr.

Dr. Eckener wird bei jedem Wetter fahren.

Dr. Eckener und seine Begleiter sind nach Lakehurst zurückgekehrt. Dr. Eckener erklärte, der Zeppelinverkehr werde wohl innerhalb weniger Jahre bei einem Fahrpreis von 1000—1500 Dollar möglich sein. Die Zahl der Washingtoner offiziellen Teilnehmer am Westflug beträgt jetzt fünfzehn. Es wird erwartet, daß die Zahl der Bewerber zur Teilnahme am Rückflug nach Deutschland weiter zunimmt. Im übrigen verlautet, daß Dr. Eckener, um die Lufttüchtigkeit des „Graf Zeppelin" zu erweisen, fest entschlossen ist, die Fahrt nach den Weststaaten sowohl wie die Rückfahrt nach Deutschland ohne Rücksicht auf die Wetterlage anzutreten.

Thomas Cook u. Sohn in Newyork kündigten an, daß sie den Verkauf von Passagierplätzen für die Rückfahrt des Zeppelins nach Deutschland übernehmen. Damit ist sozusagen das erste Passagierbureau für den Luftschiffreiseverkehr in Amerika eröffnet worden. Der Preis für die Überfahrt soll 3000 Dollar betragen.

Gesunde Bauernpolitik.

Aus einer Rede des Reichsernährungsministers a. D. Schiele.

Der Landbund der Provinz Sachsen hielt in Magdeburg eine Versammlung ab, bei welcher der Präsident des

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF